4. Jahrgang. **Nr. 69.** Danzig, Freitag, den 22. März 1867.

Nr. 69. 4. Jahrgang. Danzig, Freitag, den 22. März 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements 12½ Sgr.

Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.
Inserate nehmen an:
in Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Illgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.
Einzelne Nummern 1 Sgr.

West-Preußische Zeitung.



Wir ersuchen unsere Leser, das Abonnement auf die „Westpreußische Zeitung" für das nächste Quartal baldigst zu erneuern. Der Abonnementspreis beträgt in Danzig 1 Thlr., bei Königl. Postanstalten 1 Thlr. 5 Sgr. vierteljährlich, und bitten wir namentlich bei den letztern das Abonnement rechtzeitig erneuern oder anmelden zu wollen, da die Leser die Zeitung sonst nicht regelmäßig am 1. des neuen Monats erhalten.

Die Redaction,
Hundegasse 70.

Ueber die Rede,

mit welcher der Ministerpräsident Graf v. Bismarck im Reichstage den „Protest" der Polnischen Fraction zurückwies (vgl. Nr. 66), äußert ein liberales Blatt (die Spenersche Zeitung) u. A. Folgendes:

„Im Reichstage fanden die Polnischen Ansprüche einmal eine sehr eingehende und durchgreifende Abfertigung. Noch niemals dürfte ein Historiker so gründlich den Polen zu Leibe gegangen sein, als es diesmal durch den Grafen Bismarck geschehen ist. Wenn Ansprüche, welche von jeher in einem gewissen poetischen Nimbus schwammen, eine so thatsächliche, so gründliche Kritik erfahren, dann können sie so leicht nicht von irgend einer Seite wieder aufgenommen werden. Vielleicht schafft endlich das Deutsche Parlament die Polnische Frage wirklich aus der Welt; wenigstens kann man in England und Frankreich eine Rede von der Bedeutung und von der inneren Gewalt nicht überhören, wie sie selten in einem Parlamentshause vernommen worden ist."

In der That, es war ein Geschichtsvortrag mit diplomatischen Schlaglichtern und staatsmännischen Nutzanwendungen, der an Klarheit, Bündigkeit und durchgreifender Ueberzeugungskraft Seinesgleichen sucht. Welche lichtvolle Darlegung der thatsächlichen Verhältnisse bei dieser Fülle des historischen und statistischen Materials, und welcher meisterhafte Aufbau der Beweisführungen aus diesen Massen älterer und neuerer Vorgänge! Jedes Wort ließ eben die Dinge selbst reden, und gerade diese anscheinende Einfachheit der wie ungesucht sich darbietenden Argumentationen bildete ein glänzendes oratorisches Kunstwerk von überwältigender Wirkungsmacht.

Gleich im Beginn der Rede wurde der ganze Polnische Protest aus den Angeln gehoben durch den treffenden Hinweis, daß derselbe seinem Wesen nach nicht gegen den Norddeutschen Bund, sondern gegen die Einheit der Preußischen Monarchie gerichtet sei. Tritt doch Preußen eben als Gesammtstaat in den Bund, und sind doch nirgend in dem Verfassungsentwurf die einzelnen Preußischen Provinzen als besondere Bestandtheile des Bundes erwähnt. Wenn also die Polnische Fraction einzelne Landestheile aus dem Bunde herausnehmen will, so greift sie damit direct in das Staatsganze Preußens hinein.

Nicht minder gelungen war die drastische Beweisführung des Ministers, daß die Antragsteller gar nicht legitimirt seien, ihre Wähler in dem Sinne dieses Protestes zu vertreten; daß die große Masse der Polnischen Bevölkerung Posens und Westpreußens in ihrer bewährten Treue zur Regierung des Königs gar nicht daran denke, aus der Preußischen Herrschaft hinweg sich zurück zu sehnen nach dem Elend unter der früheren Polnischen Herrschaft; daß eine, wenn nicht bewußte und berechnete, augenscheinlich von der traurigsten Unwissenheit zeugende Wühlerei im religiösen Gefühle des Volkes Handhaben gesucht habe zur Aufhetzung gegen die Wahl Deutscher Vertreter.

Mit schlagenden Worten führte Graf Bismarck ferner den Polen ihre Geschichte vor und zeigte auf allen Gebieten Polnischen Lebens und Treibens, daß ihr Verlangen nach Freiheit im Grunde Herrschaft über Andere bedeute und daß ihre Klage über Eroberung die Erinnerung wachrufe, wie gerade die ganze Macht des Polenthums auf Eroberung und Unterdrückung anderer Volksstämme beruht habe.

Kurz, die Rede des Ministers hat in jeder Beziehung einen der wichtigsten Beiträge zur richtigen Würdigung der „Polnischen Frage" geliefert.

Allerhöchstes Handschreiben Seiner Majestät des Königs.

Schon Mein in Gott ruhender Vater, König Friedrich Wilhelm der Dritte, hatte nach Beendigung der Befreiungskriege den Wunsch gehegt, an Stelle des alten Doms zu Berlin, Gott zu Ehren und zur Sammlung der christlichen Gemeinde, einen schöneren Bau aufzuführen, als sichtbares Zeichen des Dankes für die in tiefer Noth erfahrene Hülfe des Herrn. Die damaligen Zeit-Verhältnisse ließen den Gedanken nur in unzureichendem Umfange zur Ausführung kommen, aber er ist als bleibende und stets wiederkehrende Mahnung auf die folgenden Geschlechter vererbt worden. König Friedrich Wilhelm der Vierte erfaßte diesen Gedanken von Neuem. Aber sein großartiger Plan konnte der eintretenden hemmenden Verhältnisse wegen nicht zur Förderung gelangen. — Am Schlusse dieses Meines Lebensjahrs, in welchem Ich und mit Mir Mein Volk nach neuen, schweren Kämpfen abermals Gott für so viele reiche Gnade und den wiedergeschenkten Frieden danken, tritt auch das Verlangen neu hervor, dem Danke, den wir mit Herz und Mund freudig bekennen, in solchem Werke einen gemeinsamen, bleibenden Ausdruck zu geben. Ich habe Mich daher entschlossen, den Plan der Erbauung eines neuen, würdigen Doms in Berlin auf der Stelle, auf welcher der jetzige steht, als der ersten, evangelischen Kirche des Landes, wiederum aufzunehmen und will Ich wegen dessen Durchführung nähere Vorschläge von Ihnen erwarten.

Berlin, den 21. März 1867.

Wilhelm.

An den Minister v. Mühler.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

16. Plenar-Sitzung.
(Schluß).

Abg. Grumbrecht: Die Schifffahrtsbestimmungen sind die heilsamsten des ganzen Entwurfs. Auch die Seeschifffahrt muß gemeinsamen Bestimmungen unterworfen werden. Bekannt sind die ewigen Zwiste zwischen Hannover und Hamburg. Mein Antrag giebt wenigstens der Centralgewalt die Möglichkeit in dieser Beziehung einzuwirken. Abg. Evans stellt das Unteramendement: „sowie der Fischfang zur See". Dr. Meyer. Der Bund soll sich nicht mit Privat-Angelegenheiten der Uferstaaten ohne Grund beschäftigen. Früher galt allerdings der Nachtheil des Nachbarstaates für Vortheil des eigenen Staates. Jetzt kann man Preußen, Mecklenburg und Oldenburg diese Angelegenheiten ruhig überlassen. Abg. Meier (Bremen): Diese Angelegenheit ist eine Sache der Kommunen, und darum bin ich gegen den Antrag. Der Antrag, die Fischerei der Bundesgewalt zu überweisen, (Heiterkeit) macht eine Widerlegung überflüssig.

Abg. Ewans: Wenn ich auch als Landratte nicht viel davon verstehe, (Heiterkeit) so muß ich doch als Volkswirth auf die Wichtigkeit der Seefischerei aufmerksam machen.

Abg. de Chapeaurouge: Die Regelung des Stader Zolles beweist, daß die Hansestädte die allgemeinen Interessen nicht vernachlässigten. (Bravo.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich stimme mit meinen Brüdern aus Hamburg und Bremen gegen den Antrag: die Grenze zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft darf nicht ohne Noth verwischt werden. Die Seestädte haben diese Angelegenheit immer sehr gut besorgt. Klagen werden immer einlaufen.

Abg. Grumbrecht: Ich habe durch meinen Antrag nur eine Aufsicht der Bundesgewalt gewünscht. Abg. Michaelis (Ueckermünde) spricht sich dagegen aus, daß sich der Staat mit der Gesetzgebung über die Fischerei befasse.

Abg. Meyer (Bremen): In England besorgt eine Korporation die Schifffahrts-Anstalten, nicht die Regierung, ebenso in den Vereinigten Staaten Nordamerika's. Die Beispiele könnten uns als sichere Leiter dienen.

Es wird die Diskussion geschlossen. Bei der Abstimmung wird das Amendement Grumbrecht abgelehnt, daß des Abg. Baumstark angenommen. Der Abg. Ewans zieht seinen Antrag zurück. Hierauf wird Nr. 9 mit der durch den Baumstark'schen Antrag bedingten Aenderung angenommen, desgleichen ohne Debatte die Nrn. 10, 11 und 12. Es folgt die Berathung über Nr. 13.

Abg. Lasker: Zu den Bedürfnissen unserer Gesetzpflege zähle ich die Einheit des Rechtslebens und der Gesetzgebung. Diese ist schon seit längeren Jahren angestrebt, sowohl vom deutschen Juristentage, als vom deutschen Bunde. Das Obligationsrecht hat die Merkmale einer gemeinsamen Rechtsmaterie. Eine völlige Trennung desselben von Erb- und Familienrecht ist nicht durchführbar. Strafrecht und Strafprozeß müssen nothwendig gleichen Bestimmungen unterliegen. Abg. Miquel: Das Streben nach Rechts-Einheit, wie es in Deutschland zu Tage getreten ist, ist eine wesentliche Voraussetzung der nationalen Einigung. Viele Bestimmungen des Familienrechts bedürfen einer baldigen Regelung z. B. die Bestimmung über die Volljährigkeit, die provinziellen Eigenthümlichkeiten werden durch die Rechtseinheit durchaus nicht untergraben. In der Gesetzgebung werden die verschiedenen Auffassungen verschwinden. Sollte unser Antrag verworfen werden, so wird er bald eine Verfassungs-Aenderung nothwendig machen.

Abg. Keyser-Sondershausen: Ich bin zwar ein Partikularist, stimme aber für das Amendement Lasker. Die thüringischen Staaten haben von jeher nach Rechtseinheit gestrebt. Die Angriffe des Abg. Jäger auf die thüringischen Staaten muß ich abweisen.

Abg. Dr. v. Wächter: Ich war eigentlich in Verlegenheit, ob ich mich für oder gegen die Nummer einschreiben lassen sollte, denn diese Nummer enthält das Minimum von dem, was wir fordern müssen. Eine Einheit des Kriminalrechtes ist unumgänglich nöthig. Denn jetzt ist es möglich, daß wenn man drei Schritte über eine Grenze geht, man für eine Handlung mit dem Tode bestraft wird, während jenseits der Grenze dieselbe Handlung höchstens mit Gefängniß, also nicht einmal mit Zuchthaus bestraft wird. Das System, was für die Berliner paßt, wird auch für die Dresdner passen. (Heiterkeit.) Es kommt nur immer auf die richtige Ansicht an, und wenn wir unsere Kräfte konzentriren, so werden wir schon was Gutes hervorbringen. Der Norddeutsche Bund bildet für alle Staaten eine gesetzgebende Gewalt. Wir haben also jetzt Gelegenheit nicht blos in einigen Beziehungen, sondern in allen eine allgemeine Gesetzgebung zu schaffen. (Bravo!) Zwei Anträge auf Schluß der Debatte sind eingegangen und werden ausreichend unterstützt. Bei der Abstimmung aber bleibt das Bureau zweifelhaft. Abg. Salzmann: Ich glaube nicht, daß Sie die so viel beredeten Eigenthümlichkeiten und Besonderheiten des Fürstenthum Reuß älterer Linie kennen. (Heiterkeit.) Insofern der Lasker'sche Antrag eine gemeinsame Gesetzgebung auch für das Strafrecht fordert, konstatire ich, daß erst im Jahre 1862 die Caroline dort abgeschafft ist (anhaltende Heiterkeit). 1848 ist zur Berathung eines damals vorgelegten Verfassungs-Entwurfs ein [illegible] verfassungsberathender Landtag zusammenberufen und erst im Laufe voriger Woche aufgelöst. Wenn die Auflösungsepoche 18—20 Jahre dauert, wie lange soll es dauern, ehe das fertig wird, was das ganze Volk bei uns fordert? Es hat sich bei uns die landläufige Redensart gebildet: „Wenn das nicht anders wird, wenn alle Stricke reißen, dann gehen wir zu Bismarck (anhaltende Heiterkeit, Bravo! Bravo!). Halten Sie fest an dem ewig wahren und schönen Spruche: wer der geringsten Einem dies gethan, der hat es mir auch gethan. Ich ersuche Sie, die Anträge zu unterstützen. Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. Abg. Dr. v. Gerber: Nr. 13 des Art. 4 befriedigt nicht die Sehnsucht des deutschen Volkes nach Rechtseinheit. Der Weg, den man künftig betreten muß, wird einmal in der freien Vereinigung liegen können, wie bisher, oder auf dem Wege der Bundesgesetzgebung zu suchen sein. Ich halte es aber für nothwendig, daß wir weiter gehen, und daß wir der deutschen Bundesgewalt eine Einwirkung auf das bedeutende Gebiet unserer Volkssittlichkeit sichern. Dieser Zweck wird erreicht durch den Antrag des Abg. Miquel.

Hierauf wird der Schluß der Debatte angenommen und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Jäger, Dr. Schwartze und Dr. Harnier, der Antrag des Abgeordneten Miquel verworfen. Der Antrag des Abgeordneten Lasker dagegen mit großer Majorität angenommen, ebenso wird der Zusatz „Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren" angenommen. Somit erhält die Nummer die Fassung des Lasker'schen Antrages; „13. Die gemeinsame Gesetzgebung über Obligationen-Recht und Strafrecht", Handels- und Wechsel-Recht und das gerichtliche Verfahren." Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. Nächste Sitzung morgen Donnerstag, Vormittag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der Vorberathung über Abschnitt 2, 3, 4 und 5. Schluß der Sitzung 2 Uhr 50 Minuten Nachmittags.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

17. Plenar-Sitzung.
Donnerstag, 21. März, Vorm. 10 Uhr.

Präsident Dr. Simson. Am Tisch der Bundes-Kommissare: Graf Bismarck, Frhr. v. d. Heydt, v. Savigny und 7 Kommissare außerpreußischer Regierungen. Die Tribünen und Plätze im Hause sehr zahlreich besetzt, die Hof- und Diplomaten-Logen nur spärlich besetzt. Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 8 Minuten. Der Abgeordnete Eichholz ist neu eingetreten. Vom Bundes-Kommissar v. Roon ist eine Anlage zur Motivirung der Art. 50, 53—58 des Verfassungs-Entwurfes eingegangen. In Betreff der sehr zahlreichen Amendements

und Zusatz-Anträge zu Artikel 4 beantragt der Abg. v. Bockum-Dolffs, die Berathung über den Zusatzantrag des Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) so lange zu vertagen, bis Art. 21 und 29 durchberathen seien. Das Haus lehnt diesen Antrag ab und tritt in die Fortsetzung der Berathung des Art. 4 mit dem Braun'schen Antrag ein.

Abg. Lasker: Es ist nicht die Absich des Antrages die Grundrechte zu beschränken, sondern der Bund soll für alle Staaten ein Minimum von Grundrechten feststellen. Handels-Interessen lassen sich nicht scharf trennen von gesetzgeberischen Interessen, das beweisen Kolonisations-Versuche. Zu Anfang der 50er Jahre begann hier die Reaktion. (Rufe: Zur Sache!) Das Prinzip der damaligen Regierung war die Willkür und erst der Abg. Graf Schwerin machte derselben ein Ende. Dem Reichstag muß gleich jetzt die Kompetenz zur Gesetzgebung gesichert und sie nicht den einzelnen Staaten überlassen werden. Wir haben uns bei unserem Antrage nur auf das Allernothwendigste beschränkt und bitten, demselben beizustimmen.

Abg. v. Bockum-Dolffs: Der Hr. Abg. Lasker ist uns für seine Behauptungen über den Braun'schen Antrag den Beweis schuldig geblieben. Ich kann daher nicht genug vor der Annahme des Amendements warnen, weil es zu tief einschneidet in die Spezial-Verfassungen.

Abg. Wachenhusen: Der Hr. Vorredner hat die Fassung des Amendements falsch verstanden. Es handelt sich darin nur um Minimalbestimmungen, ohne daß ein Mehr durch die Bundesgesetzgebung ausgeschlossen ist. Ich befürworte daher das Amendement. Sie haben zwar die Amendements zu Artikel 3 abgelehnt; aber ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß Sie geneigt sind, denjenigen Bevölkerungen, welche politisch und wirthschaftlich gewissermaßen gewaltsam zurückgehalten sind, die Wege nicht ganz abzuschneiden, um den vorgeschrittenen Bevölkerungen nacheilen zu können. Keine Partei wird solchen Zuständen, wie sie der Abg. Wiggers (Berlin) zur Sprache gebracht hat, heutigen Tages Vorschub leisten wollen.

Abg. v. Bockum-Dolffs stellt ein Unter-Amendement, dahin gehend, dem Amendement Braun hinzuzufügen: „und welche von den in den einzelnen Staaten bestehenden Grundrechten nicht derogirt wird."

Abg. Vincke (Hagen): Bei Erörterung dieses Amendements begegnet es uns, daß das Nothwendige mit dem Wünschenswerthen konfrontirt wird. Der Verfassungsentwurf wird immer viel zu wünschen übrig lassen. Rom ist nicht in Einem Tage gebaut. Unsere Nachkommen werden noch sehr viel an diesem Gebäude zu zimmern haben. Das Wünschenswerthe müssen wir hinter dem Nothwendigen zurückstehen lassen. Der Verfassungsentwuaf hat zwei Hauptvortheile: zuerst daß er nicht Alles hat auf einmal erreichen wollen. Man hat nicht ganz Deutschland auf einmal zusammenfassen wollen und in der Verfassung sich auf einige nothwendige Richtungen beschränkt. Jedes Amendement in dieser Hinsicht bin ich mit meinen Freunden entschlossen zu unterstützen. Wenn es sich aber darum handelt, hinein zu reglementiren in die Verfassungen der Einzelstaaten, so muß ich mich dem widersetzen Ich kann es nicht begreifen, weshalb das Mitglied für Berlin gerade heute eine lebhafte Rede für die Grundrechte hielt. Das mußte er beim Antrage des Hrn. Abg. Schulze thun. Wenn wir die Grundrechte im Allgemeinen nicht aufnehmen wollen, so hat das Mitglied für Soest völlig Recht, daß wir dieselben, nachdem wir sie gleichsam zum Fenster hinausgeworfen, jetzt höflich zur Thür hinein komplimentiren würden. Ich stände lieber auf dem Boden des Abg. Schulze, anstatt mir ein allgemeines Traumbild vorzumalen. Mit der gemeinsamen Preß-Gesetzgebung haben wir beim Bundestage gewisse Erfahrungen gemacht. Ich glaube, daß in Mecklenburg vieles zu ändern ist. Aber ich vertraue etwas auf den Geist, der in dem jetzigen politischen Zusammenhange sich wirksam erweisen wird. Was Sie erreichen wollen, können Sie auf dem Wege der Verfassungs-Aenderung erreichen, wenn eine Nothwendigkeit dazu sich herausstellen sollte. Das Amendement verlangt alles Mögliche unter der Sonne. Seien Sie doch gefälligst bei der Stellung Ihrer Amendements Ihrer Befugniß eingedenk, und bemerken Sie, daß auch der dem Werke feindselige Mecklenburger Landtag „Nein" sagen kann. Ich meine, Amendements haben wir schon leider eine große Fluth, und das wird unser Werk nicht fördern. Wird ein so ideales Amendement angenommen, so laufen wir Gefahr, daß ähnliche Versuche sich wiederholen. Ich wende auf den Herrn Abgeordneten für Wiesbaden sein poetisches Citat von neulich selbst an, das mir aus einem so nüchternen Munde so merkwürdig schien. (Heiterkeit.)

„Sind wir unter Dach
Glücklich erst geborgen,
Läßt für ein Gemach
Sich schon weiter sorgen". (Bravo!)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Ich war in Zweifel, ob ich zur Befürwortung meines Amendements das Wort ergreifen sollte, jetzt aber rufen mich Paternitäts- und Alimentations-Pflichten an diese Stelle. (Heiterkeit.) Ich sah voraus, daß ein großer Theil von Anträgen auf Einführung der Grundrechte kommen würde. Ich fürchtete, daß darüber ein großes Stück der knapp gemessenen Zeit verloren gehen würde. Ich fand es aber doch nothwendig, daß die Aufrichtung der bürgerlichen Freiheit gewahrt werde. Um nun einen Mittelweg zu finden, habe ich diesen Antrag gestellt. Ich habe dabei Gelegenheit gehabt, den alten Satz bestätigt zu sehen, daß vermittelnde Parteien eine böse Stellung haben, indem von beiden Seiten auf sie zugeschlagen wird (Bravo!); indessen, wenn man persönlich eine gute Konstitution hat, so läßt sich das schon ertragen. Wenn der Hr. Vorredner die Vermuthung ausgesprochen hat, wir hätten den Antrag eingebracht, um Fühlungen nach links zu halten, so will ich dagegen bemerken, daß solche Ausführungen einigermaßen geeignet sind, uns den Geschmack an der nach rechts gehenden Richtung allmälig zu verderben (Bravo!) Der von uns gestellte Antrag will die Feststellung der Grundrechte nicht zu einem Werke der Konstitution, sondern der Gesetzgebung machen; er will die Grundrechte nicht in die Verfassung schreiben, sondern dem legislativen Reichstage vorbehalten. Wenn Herr v. Vincke sagt: „Rom ist nicht an Einem Tage erbaut", so wollen wir das auch nicht: aber wir wollen auf der Baustätte mindestens einen Platz offen behalten, der geeignet ist, neben der Reichsgewalt die Reichsfreiheit wieder aufzurichten. Ebenso unrichtig ist der Vorwurf, daß wir uniformiren wollten, wir wollen normiren. Wer Zug- und Preßfreiheit für Luxus hält, mag uns den Vorwurf machen, daß wir Nöthiges mit dem Nützlichen vermischten; ich halte aber namentlich die Preßfreiheit und das Vereinsrecht für ein unentbehrliches Supplement des allgemeinen direkten Wahlrechtes. Wenn man noch mit dem Mecklenburger Landtage droht, der dem Werke so schon feindselig sei, so muß ich sagen, wenn er schon feindselig ist, so kommt es auf etwas Feindseligkeit mehr oder weniger auch nicht an. (Heiterkeit.) Man hat mir vorgeworfen, daß ein poetischer Ausspruch hier aus sehr nüchternem Munde gekommen sei. Ich glaube, man soll poetisch sein, soweit die Kräfte reichen und an der richtigen Stelle. Wir stehen auf einem Platze, den uns die Ereignisse des Jahres 1866 vorgezeichnet haben mit der vollständigsten Präcision. Wir können an den Grenzen nichts ändern; aber hier ein Plätzchen für die Freiheits- und Wohlstandsbildung der deutschen Nation zu schaffen, das können und wollen wir.

Es ist noch ein Unter-Amendement zu dem Antrage des Abg. Braun von dem Abg. Kratz eingegangen.

Abg. Wagner (Neustettin): Je mehr ich den Hrn. Vorredner in Bezug auf seine Anträge als einen glücklichen Vater bisher bezeichnen konnte, um so mehr muß ich sein heutiges Amendement als ein ungerathenes Kind bezeichnen. Dessen ungeachtet ist es nicht meine Absicht, wie er die Besorgniß ausgesprochen hat, auf ihn zu schlagen, das würde ich für mich persönlich für etwas bedenklich halten, sondern ich will nur darauf aufmerksam machen, wie er nach meiner Auffassung sich zwischen zwei Stühle gesetzt zu haben scheint. Das halte ich für bedenklich. Wenn der Herr Abg. Dr. Braun meinte, die Behandlung seines Antrages seitens des Herrn Abg. v. Vincke, habe ihn etwas abgeschreckt, so will ich ihn einigermaßen aussöhnen. Ich werde meinerseits gerne bereit sein, auf eine Vermittelung einzugehen, wenn ich in seinem Antrage überhaupt eine Vermittlung zu erkennen vermöchte. Ich finde in ihm durchaus keinen praktischen Inhalt, das erste Erforderniß einer jeden Vermittelung. Nicht eine ideale Aussprache von Wünschen und Erwartungen, sondern die praktische Vereinigung widerstrebender Theorien — das nenne ich meinerseits auf parlamentarischem Boden eine wirkliche Vermittelung. Ich finde in dem Antrage daher Nichts weiter als — man gestatte mir den Ausdruck — einen angenehmen Nerven-Eindruck für unverdorbene liberale Gemüther. Bleibt nicht Alles ebenso, als wenn wir das Amendement nicht annehmen? Glauben Sie, daß Sie bei der künftigen Gesetzgebung auf die Zustimmung der Mitglieder des Bundesrathes so sicher zu rechnen haben, als hier? Ich sehe von dieser Feststellung durchaus keinen praktischen Erfolg. Außerdem glaube ich, ist die Besorgniß des Herrn Abgeordneten v. Bockum-Dolffs, der er sogar durch ein Unteramendement Ausdruck geben zu sollen geglaubt hat, auch wohl in's Auge zu fassen. Schon Justus Möser sagt: „Nichts ist der gemeinen Freiheit gefährlicher, als eine allgemein reglementirende Gesetzgebung." Wenn mich irgend etwas zu der Annahme dieses Antrages bestimmen könnte, so wäre es die Rücksichtnahme auf diese Besorgniß. Ich bezweifle keinen Augenblick, daß der Reichstag des Norddeutschen Bundes auf allen diesen Gebieten — ich sage absichtlich, nicht reaktionärer, sondern weit konservativer sein wird und sein muß als die kleinen Landtage der kleinen Staaten. Was haben sie sich denn übrigens dabei gedacht, wenn Sie sagen, durch diesen allgemeinen Antrag eine Garantie gegen Polizeiwillkür zu haben. Wenn Polizeiwillkür einen Sinn hat, so ist es der, daß es ein Verfahren ist, was sich nicht an die bestehenden Gesetze kehrt. Wie man aber diese Willkür dadurch ausschließen will, dadurch, daß man nicht einmal positive Gesetze macht, sondern daß man seinen guten Willen zu kräftigen wünscht in Gesetzen, in gewissen idealen allgemeinen wohlklingenden Ausdrücken, darüber bin ich im Zweifel. Ich verstehe es sehr wohl, wenn der Herr Abgeordnete Braun sagte, er wünsche die Freiheit zu wahren. Wenn wir aber das Plätzchen wirklich offen erhalten, so trifft das ein, was der Herr Abgeordnete für Hagen sagte, dessen Ausführungen ich mich nach dieser Seite hin anschließe. Was nützt es uns, daß der Herr Abgeordnete Braun uns vorredet, was er Alles wünscht und hofft, und erwartet, das die demnächstige Gesetzgebung des Bundes geben soll? Ich hörte sagen, daß in einem bestimmten Lande es vorkäme, daß die Wünsche der höchsten Behörden sich nach den unteren Instanzen hin krystallisirten, ich habe aber nie gehört, daß sich die Wünsche eines Reichstagsmitgliedes zu Gesetzen krystallisirten. Und woher er die Garantie hat, daß die künftige Gesetzgebung nur in dem Sinne verfahren wird, wie er wünscht, dafür blieb er den Beweis schuldig. Ich kann nur mit dem Herrn Abgeordneten für Hagen bitten, daß Amendement abzulehnen und das, was Sie hier zu erreichen wünschen, von der demnächstigen Spezialgesetzgebung des Norddeutschen Bundes zu erwarten. Sie werden uns da als freiwillige und wie ich auch sagen darf, selbst als liberale Mitarbeiter begrüßen dürfen (Bravo rechts, große Heiterkeit links.)

Abg. Graf Schwerin. Ich hatte mich nicht zum Worte gemeldet, da ich meinte, der Hr. Antragsteller würde seinen Antrag ausreichend zu motiviren im Stande sein, wenn mir nicht die Rede des Herrn Abgeordneten für Hagen den Standpunkt der Sache in einer Weise verrückt zu haben schiene, daß eine Erwiderung meinerseits nothwendig erscheint. Der Herr Abgeordnete für Hagen glaubte, es wäre besser, anstatt dieses Amendements lieber die Grundrechte selbst anzunehmen. Darin scheint mir eine vollständig wesentliche Verkennung dieses Amendements gegenüber dem Antrage Schulze zu liegen. Es handelt sich in diesem Paragraphen um die Feststellung der Kompetenz der Bundes-Gesetzgebung. Ob ein bestimmter Gegenstand davon ausgeschlossen werden soll, ist etwas anderes, als wenn ich dieser Verfassung bestimmte Rechte beilege und dadurch die Regierung in die Lage setze, die Verfassung entweder nicht anzunehmen oder diese Sätze mit anzunehmen. Sowohl die, welche dem Amendement beistimmen, als die, welche ihm widersprechen, wünschen, daß das Verfassungswerk fertig werde. Man muß aber Rücksicht darauf nehmen, welche Bestimmungen aufzunehmen sind, um das Werk auf dem Boden der deutschen Volksanschauung auch annehmbar erscheinen zu lassen. Wird das Amendement angenommen, so haben wir die Möglichkeit zu einem Bundesgesetz in Bezug auf die Gegenstände, welche das Amendement bezeichnet. Wenn Preußen der Meinung ist, daß in einem einzelnen Bundesstaate die Gesetzgebung in einer Weise gehandhabt wird, daß für die allgemeine Sicherheit des deutschen Volkes Gefahr zu befürchten ist, dann wünsche ich, daß die preußische Regierung im Wege der Bundesgesetzgebung das Recht hat, ein solches Gesetz durchzubringen. So liegt die Frage.

Wenn Preußen meint, es soll nichts geändert werden, so wird nichts geändert; es kann aber etwas geändert werden, wenn die Majorität des Bundesrathes und des Reichstages einverstanden ist. Das ist der Sinn dieses Amendements. Wird es nicht angenommen, so wird bei jeder Gelegenheit eine Verfassungsänderung nöthig sein. Alle Argumente, die vom konservativen Stan punkte aus gegen das Amendement geltend gemacht sind, treffen nicht zu. Ich werde mich niemals daran kehren, mich der Seite zuzuwenden, die das Recht trifft; sei es rechts, sei es links. Ich bitte Sie, stimmen Sie für das Amendement. (Schluß folgt.)

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 20. März. Der Reichstag trat gestern in die Berathung des zweiten Abschnittes des Verfassungsentwurfes, welcher von der Bundesgesetzgebung handelt, und hat diese Berathung heute fortgesetzt. Beide Sitzungen — gestern und heute — haben wie die vom Montag einen für die Interessen des norddeutschen Bundes u. für die Absichten der Regierungen sehr günstigen Ausgang gehabt. Wenn auch in manchen Fraktionen die Neigung obwaltet den Gang der Verhandlungen durch eine Fluth von Amendements langsamer zu machen, so herrscht doch in der Majorität die gesunde Ansicht vor, daß Verbesserungen die vom doctrinären Standpunkte aus als solche verstanden werden unzuläßig sind und die Beschränkung auf das Maß des Nothwendigen in dieser Beziehung dringend geboten ist. Hierin liegt der bestimmende Grund dafür, daß wir in den Reichstagssitzungen bisher alle Amendements nicht nur abgelehnt sahen, sondern daß diese Ablehnung durchgehend auch mit großer Majorität erfolgte, ja dieser Mehrheitt sich auch Elemente anschlossen, welche mit den Antragstellern auf einem Standpunkt stehen und in einem prinzipiellen Einverständnisse mit den Anträgen sich befinden, die sie verwarfen. Die Nothwendigkeit, das Verfassungswerk sicher zu stellen, unverweilt zu ergreifen, was der Augenblick anbietet, das Erreichbare anzunehmen, ehe es wieder entschlüpft, — hat alle übrigen Rücksichten bei allen einsichtigen Mitgliedern des Reichstages überwogen und es eröffnet sich damit eine der raschen Durchführung des Werkes günstige Perspektive auch nach der Seite, welche auf eine berechtigte Verbesserung des Verfassungsentwurfes hinweist, seine Amendirung unumgänglich erscheinen läßt, sie der Regiernng selbst wünschenswerth macht, die ja in dem Verfassungsentwurf kein todtes Werk hat hinstellen und aus seiner Berathung durch den Reichstag keine leere Form hat machen wollen. Für die Budgetfrage und für die Militairangelegenheiten, die der Verfassungsentwurf berührt fanden bereits in diesem Sinne lautende Kundgebungen der Regierung statt, welche in nächster Zeit noch erneuert werden dürften. Die Erklärungen des Grafen v. Bismarck über diesen Punkt konnten keinen Zweifel lassen, daß die Regierung maßvollen und besonnenen Vorschlägen entgegenzukommen bereit sei und es ihr ganz fern liege, den Meinungsaustausch über jene Gegenstände, dem sich das preußische Abgeordnetenhaus unbeschränkt hingeben durfte, jetzt abschneiden zu wollen, wo ihr durch den Reichstag die Gelegenheit gegeben ist, ihn zur vollen Klärung zu bringen. Die Commissarien der sämmtlichen Regiernngen sind über diesen Punkt einig und man glaubt, daß sie schon sehr bald nach dem Eintritt der betreffenden Berathungen das Wort nehmen werden, um ihre Auffassung der controversen Punkte näher darzulegen und in diesem Wege die Erledigung dieser wichtigen Bestandtheile der norddeutschen Verfassung in das rechte Geleise zu bringen. — Zur Reichstagssituation und wie sie sich immer günstiger für die Regierung gestaltet, fahren die hannoverschen Particularisten fort, charakteristische Beiträge zu liefern. Sie haben sich jetzt unter die Führung des Professors Wiggers gestellt, des von der mecklenburgischen Regierung der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig erklärten Mannes, während sie noch vor Kurzem eine Versammlung in Hamburg projektirten, welche ihre Bundesgenossenschaft mit der mecklenburgischen und schleswig-holsteinschen Aristokratie begründen sollte. Jetzt zeigt sich, daß die Abstandnahme von dieser Versammlung die Folge einer veränderten Taktik war, die unseres Erachtens nur die Unanfechtbarkeit des preußischen Programms bestätigt. Daß bei der Fortschrittspartei kein Heil für Diejenigen zu finden ist, die ihre Politik mit den Ereignissen des vorigen Jahres in Widerspruch setzen, bestätigen die Wahlergebnisse der letzten Tage. Herr Löwe hat auf seine Candidatur verzichtet, weil sie saure Trauben für ihn reifen ließ, wie die eben so rastlosen als unglücklichen Anstrengungen seiner Freunde zu Gunsten seiner Candidatur bezeugen. Aber auch an anderen Orten erneuert sich täglich die Erscheinung, daß die Fortschrittspartei Mühe hat, auch nur ihre hervorragendsten Führer durchzubringen, respektive daß sie damit Fiasko macht. Wir verweisen auf Forckenbeck, welcher, in einem Wahlkreise geschlagen, sich nur mit verdoppelter Anstrengung in einem anderen behaupten konnte, ferner auf Gneist, der als Candidat auftrat und — horribile dictu — keinen Anklang fand! Bei der Nachwahl des pommerschen Wahlkreises für den General v. Moltke war es unmöglich, für den gefeierten Droysen eine Majorität gegen Herrn v. Denzen aufzubringen, der dort gewählt ist. Wir meinen, das möchte hinreichend sein, um zu erhärten, daß die conservative Partei im Lande Boden hat und die liberalen Organe vergebens auf ihren Zerfall speculirten. — Herr v. Bernuth wird als Regierungs-Präsident nach Köln versetzt, was die liberalen Organe nach der bekannten Methode in Bewegung bringt, bei allen Personalveränderungen in der höheren Beamtenschicht politische Motive zu wittern, selbst wenn darin, wie in diesem Fall, ganz augenfällig eine ehrende Beförderung des Betreffenden liegt. Dazu kommt, daß es seit längerer Zeit herkömmlich gewesen, das Polizei-Präsidium in Berlin in der Weise zu behandeln, daß man dem Inhaber des Postens nach einigen Jahren ein Bezirks-Präsidium zuweiset. Es ist dies in der eminenten Anstrengung begründet, welche der Posten eines Polizei Präsidenten von Berlin fordert und die man doch auf die Länge der Zeit ein und derselben Person nicht zumuthen mag. — Die städtischen Hypothekenangelegenheiten von Berlin sehen ihrer definitiven Regelung entgegen. Der Magistrat wird mit seinen Plänen, die ihn gegenwärtig sehr angelegentlich beschäftigen, demnächst in die Oeffentlichkeit treten. — Nach einer dem Vorsitzenden des Landes-Oeconomie-Kollegiums aus Paris zugegangenen Nachricht wird die Ausstellung der Pferde als eine internationale behandelt werden. Die auszustellenden Pferde sind zwei Monate vor jeder Concurrenz anzumelden, und sind für Lastpferde die erste Hälfte des Juni, für Luxuspferde die zweite Hälfte des Juli als Termine bestimmt. — Die Schutzmächte der Pfordte sollen derselben nun wirklich die Abtretung Candia's an Griechenland angerathen haben. Ueber die Abgabe eines bezüglichen Schriftstückes durch die betheiligten Gesandten wurde hier nichts bekannt. Preußen hat, wie schon oft hervorgehoben, kein näheres Interesse zur Sache, am allerwenigsten im gegenwärtigen Zeitpunkt und es liegt daher auch nicht in der Absicht seiner leitenden Politik, den gerechtfertigten Wünschen, welche die anderen Mächte bei der Pfordte geltend zu machen — sich etwa veranlaßt finden, entgegenzutreten.

Preußen. □ Berlin, 21. März. Der Geburtstag Sr. Maj. des Königs findet das Land in einer freudigen und gehobenen Stimmung, die darin ihren Grund hat, daß in allen Preußenherzen nur eine Empfindung herrscht, die Empfindung, daß daß das Land dem Himmel zu danken hat, ihm dieser Herrscher geworden und es diesem Herrscher vergönnt war, auf einer Bahn vorzuschreiten, welche sich als die allein heilbringende für Preußen und Deutschland erwiesen. Wenn die Erfolge des letzten Jahres für die gesammte Kraft des preußischen Volkes, für das Erstarken des Landes unter den früheren Regenten Zeugniß ablegten, so mußten doch erst die großen Eigenschaften, die sich in unserem Könige vereinigt finden: Sein männlicher gerader Sinn, Seine unbeugsame Entschlossenheit, Sein warmes Herz für die Bedürfnisse

Preußens und Deutschlands hinzutreten, um Preußen auf die Bahn zu führen, welche Ihm Ruhm, Ehre, Macht in einem so voll gemessenen Maaße eintrugen. Vom Beginn Seiner Laufbahn an war das Streben des Königs Wilhelm darauf gerichtet, Preußen als den Grundpfeiler Deutschlands, als das Schwert deutscher Macht zu gründen und auszugestalten. Sein eigenstes Verdienst ist es, daß der König, unser Herr, vom Anfang Seiner Regierung an die rechten Wege erkannt und gefunden, vermöge deren wir Ihn nun mit Dank erfüllter Genugthuung an dem Ziele sehen, welches Ihm nach Seiner Auffassung Seines erhabenen Berufes vorschwebte und durch dessen Erreichung der König inmitten Seines Volkes, Seines Heeres, welche Ihm immer treu zur Seite standen, nun auch diejenigen Elemente für Sich gewonnen, die Seinen Bestrebungen entgegen waren und jetzt von Bewunderung für Ihn erfüllt sind. So geht nur ein Gefühl des Dankes und der Bewunderung durch das ganze Land, zugleich als die lauterste Gewähr einer wahrhaft würdigen Feier des morgigen Tages von Seiten der Bevölkerung. Während letztere sich in dieser Weise auf den Geburtstag des Königs vorbereitet, kündigt sich an, daß auch Se. Majestät der König diesen Tag zu wichtigen Acten benutzen wird, die dem Feste noch eine höhere Weihe geben werden. Der heutige Staatsanzeiger veröffentlicht ein Allerhöchstes Handschreiben an den Cultusminister, durch welches der König seinen Entschluß darlegt, das von Friedrich Wilhelm IV. unternommene Werk eines Dombaues in Berlin zur Vollendung zu führen. Der sich in diesem Acte aussprechende Dank, den der Monarch der Vorsehung darbringt, bildet zugleich einen Abschluß der Dankesfeier, welche anläßlich der für das Land errungenen Erfolge vom König angeordnet wurde. Die Vollendung des Dombaues gewinnt damit die Bedeutung eines Denkmales der frommen und dankbaren Gesinnung unseres Königs. Ein zweiter Act, durch welchen der morgige Tag verherrlicht werden soll, wird in der Verleihung der Allerhöchsten Gnadenauszeichnungen für die während des jüngsten Krieges erwiesenen Liebesdienste bestehen, der Verleihung des Louisenordens an die Damen, welche durch ihre werkthätige Fürsorge für die Verwundeten und für die Armee sich ausgezeichnet haben. Die Ausführung dieses Vorhabens, welches schon lange erwartet worden, verzögerte sich bis jetzt, weil die Zahl der Verdienste, mit welchen patriotische Männer und Frauen während des jüngsten Feldzuges hervortraten, so überaus groß war, daß es unmöglich war, in gleicher Ausdehnung auch die Gnadenverleihungen stattfinden zu lassen. So wurde es nöthig, eine Auswahl zu treffen, welcher der König und die Königin große Sorgfalt zuwendeten, indem Sie bemüht waren, die Auswahl nach dem Prinzip der Freiheitskriege, daß die Beliehenen nur als Vertreter aller Verdienste zu betrachten seien, doch so passend und weit umfassend als möglich zu treffen. — Das Bekanntwerden der Bündnißverträge mit Baiern und Baden hat nun auch die österreichische Presse zu der Einsicht gebracht, daß es für Oesterreich keine andere und richtigere Politik mehr giebt, als sich offen an Preußen anzuschließen und jedem Versuch zu entsagen, Preußen in der Entwickelung der deutschen Angelegenheiten hindernd in den Weg zu treten. Die Enthüllung der Verträge — so lesen wir heute in der neuen freien Presse — gilt auch den österreichischen Staatsmännern; sie sagt ihnen, wie es für Oesterreich in Deutschland keine andere Macht mehr giebt, an welche es sich anschließen könnte, als Preußen; sie sagt ihnen, daß Oesterreich in Deutschland den letzten Rest einer Chance verloren.

— Die Rheinische Zeitung flunkert ihren Lesern vor, der Reichstag habe in der Sitzung vom Montag die Preisgebung Luxemburgs stillschweigend zugegeben und fügt hinzu, der Französische Gesandte, der in einer Diplomatenloge der Sitzung beigewohnt habe, werde einen lustigen Bericht nach Paris erstattet haben. Bekanntlich ist der Französische Botschafter zur Zeit nicht in Berlin anwesend, konnte daher auch der Reichstagssitzung nicht beiwohnen. Zu „lustigen Berichten“ aber dürfte der Reichstag auch seinem Vertreter in den letzten Tagen schwerlich Anlaß gegeben haben. In der That aber ist es mehr als merkwürdig, daß in einer gebildeten Provinz Preußens ein publicistisches Organ, welches in solchem Grade alles Patriotismus bar ist, auch nur noch eine geringe Zahl von Lesern finden kann.

Hannover, 21. März. Eine vom 16. März datirte königliche Kabinets-Ordre gestattet dreizehn ehemals hannoverschen Offizieren den Eintritt in andere Norddeutsche Kontingente und zwar werden drei derselben in das sächsische, drei in das mecklenburg-schwerin'sche, sechs in das braunschweigsche und einer in das altenburgische Kontingent eintreten.

Baden. Karlsruhe, 21. März. Die neueste „Karlsruher Zeitung“ spricht sich in einem längeren anscheinend offiziösen Artikel über das zwischen Preußen und den deutschen Südstaaten abgeschlossene Schutz- und Trutzbündniß folgendermaßen aus: „Man darf vertrauen, daß die deutschen Vaterlandsfreunde aller Parteien diese Allianzen als eine nationale That, die uns mit froher Zuversicht für die deutsche Zukunft erfüllen muß, freudig begrüßen werden, zumal die Gefahr nahe schien, daß Deutschland zu einem geographischen Begriff herabsinken würde. Jetzt dürfen wir mit Stolz verkünden: Wir haben ein Vaterland, welches in Stunden der Gefahr einig sein wird.“ Der Artikel schließt: „Wir wünschen und hoffen, daß die Tage fern bleiben mögen, an welchen die Bestimmungen der Allianz in Kraft treten müssen. Als glücklichste Fügung werden wir es jedoch betrachten, wenn die Allianz eine praktische Bedeutung dadurch erhält, daß sie eine vollständige Einheit des deutschen Vaterlandes in Gesetzgebung und Verkehr anbahnt.“

Oesterreich. Wie der „Politik“ aus Wien geschrieben wird, verursacht seit einigen Wochen im k. k. Kriegsarchiv das räthselhafte Verschwinden der Karte der Walachei (120 Blätter) eine peinliche Aufregung. Alles Suchen im Kriegsarchiv, alle Nachforschungen im k. k. geographischen Institut sind resultatlos geblieben. Die Aufnahme des betreffenden Landes hat zur Zeit des Krimkrieges stattgefunden und hatte das Werk, abgesehen von seiner nunmehrigen Wichtigkeit, einen Werth von mindestens 200,000 fl. Es ist ein wahres Glück, sagt der „Wanderer“, daß unsere dreiunddreißig pensionirten Minister, die ebenfalls sehr viel gekostet, wenn sie auch keine „nunmehrige Wichtigkeit“ besitzen, nicht im Kriegsarchiv aufbewahrt werden und daß man wenigstens bei letztern für getreue Copien sorgt, für den Fall, als uns die Originale gestohlen werden könnten.

Wien, 21. März. Die „Presse“ erfährt von verläßlicher Seite, daß die Besorgniß wegen einer Ueberschreitung der bosnischen Grenze von Seiten Serbiens geschwunden und daher von Aufstellung eines österreichischen Observations-Korps Abstand genommen sei.

Der Fürst von Serbien hat an Oesterreich, Frankreich und England Erklärungen abgegeben, welche von diesen Mächten als vollkommen befriedigend erachtet worden sind.

Wien, 21. März. Die „Wiener Zeitung“ ist ermächtigt, die Nachricht der „Neuen freien Presse über den angeblichen Beginn des Aufmarsches dreier Brigaden, welche zur Aufstellung des Observationskorps an der türkischen Grenze bestimmt wären, als eine vollkommen unbegründete zu bezeichnen.

Wien, 21. März. Nach griechischer Quelle entnommenen Berichten aus Patras vom 17. d. M. scheint der Aufstand in Thessalien sich auszudehnen. Mehr als 1000 thessalische Familien sind in Griechenland eingewandert. — Der Abschluß einer Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen Griechenland, Rumänien, Serbien und Montenegro wird als sicher bevorstehend angesehen.

Frankreich. Paris, 21. März. Der „Abendmoniteur“ enthält eine Depesche aus Vera-Cruz vom 16. d., nach welcher die Räumung Mexikos Seitens der französischen Truppen jetzt vollendet ist; Marschall Bazaine war bereits am 12. März abgereist. Der Gesundheitszustand der Truppen ist befriedigend. Weitere Nachrichten aus Mexiko waren nicht eingelaufen.

Italien. Florenz 20. März. Nach der „Opinione“ zirkuliren bis jetzt noch unbestätigte Gerüchte über den Eintritt Rattazzi's in das Kabinet.

Rumänien. Bukarest, 21. März. Ein Plakat der Polizeipräfektur fordert die Bewohner Bukarests auf, den Einflüsterungen der Partei, die damit umgeht, Unruhen anzustiften, kein Gehör zu schenken, vielmehr Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Türkei. Konstantinopel, 21. März. Bis gestern war von der Uebergabe einer Kollektivnote mehrer Großmächte in der kandischen Angelegenheit hier nichts bekannt. — Dem Vernehmen nach werden mehrere Söhne und Neffen des Sultans die Pariser Ausstellung besuchen. — Der bisherige Gesandte Italiens beim russischen Hofe, Graf de Launay ist zum Gesandten Italiens bei der Pforte ernannt worden.

Fünfunddreißig kandiotische Delegirte, darunter 17 Griechen sind hier eingetroffen und wurden vom Sultan in Audienz empfangen. Auf die von einem Christen gehaltene Ansprache ertheilte der Sultan eine wohlwollende Antwort.

Eine türkische Kriegsfregatte ist mit Landungstruppen nach dem Archipel ausgelaufen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 22. März.

— (Geburtstagsfeier Sr. Maj. des Königs.) — Um 6 Uhr Morgens durchzogen die Musikchöre der Regimenter die Stadt und verkündeten der Bevölkerung durch die große Reveille die hohe Bedeutung des Tages. Die Stadt kleidete sich in den gebührenden Flaggenschmuck und die Bewohner begaben sich zu der in allen Hauptkirchen stattfindenden Andacht. In der St. Marienkirche versammelten sich die Truppen, die Spitzen der Civilbehörden, die Friedrich-Wilhelm-Schützengilde und der Veteranen-Krieger-Verein in Gala-Uniform. Gegen 10 Uhr trafen mit klingendem Spiel die Fahnen und Standarten sämmtlicher Truppenkörper daselbst ein und bildeten die Fahnenträger mit den Feldzeichen am Hochaltar Spalier. Die Liturgie wurde in der fast überfüllten Kirche von Herrn Divisionsprediger Steinwender abgehalten und nach deren Beendigung von demselben das Senken der Feldzeichen angeordnet, worauf die Herren Truppen-Commandeure hinzutraten und an die Fahnenstöcke die von Sr. Maj. dem Könige Allerhöchst verliehenen Königgrätzer Siegesbänder befestigten. Hierauf hielt Herr Consistorialrath Reinicke die Festrede und nach derselben ertheilte Herr Divisionsprediger Steinwender den gesenkten Feldzeichen die Weihe. Während die Fahnen und Standarten unter klingendem Spiel wieder nach der Königl. Kommandantur zurückgebracht wurden, erdröhnten die Geschütze auf den Wällen und brachten Sr. Maj. den Salvengruß; die Herren Offiziere begaben sich zur Galaparade auf den Kohlenmarkt und vereinigten sich demnächst zu einem Diner. Die Mannschaften haben bereits Vorbereitungen getroffen, um in ihren Kasernen einen frohen Abend zu Ehren ihres Heldenkönigs zu begehen. Im Theater wird eine Festvorstellung stattfinden und die Stadt sich Abends in Flammenschmuck kleiden. Die Gemüthsstimmung in der ganzen Bevölkerung unserer Stadt ist eine frohbewegte und in allen öffentlichen Lokalen sind für die Begehung des Abends festliche Arrangements getroffen.

Kein Tag ist besser dazu geeignet, als der heutige, um zurückzublicken auf den ganzen Zeitraum, von dem Regierungsantritt König Wilhelms bis zum gegenwärtigen Augenblick, was König Wilhelm für Preußen geworden. Fest, aber stets eher zur Milde als zur Strenge geneigt, über die Parteien stehend und die Krone, „die er von dem Tisch des Herrn genommen“, vor jedem Hauch des Partei-Eifers wahrend, aber wieder unverzagt mit seiner Person eintretend, wo es Noth ist, überall selbst ordnend, befehlend, ein Beispiel gebend; das ist die Geschichte der Regierungsjahre Wilhelms I., eine Geschichte, welche inmitten des wilden Treibens der neuen Zeit, deren Ideen noch immer nicht zur Konsolidation kommen können, allerorts das Bewußtsein geweckt und neu gekräftigt hat, daß der Thron der Hohenzollern es noch immer ist, ohne den keine Wohlfahrt für Preußen und für Deutschland zu finden.

Ist dieser Sieg des Königs, dieser Sieg über die Herzen, nicht vielleicht noch gewaltiger, als der bei Königgrätz?

Es wäre müßig, darüber zu streiten. Aber das „Gott segne den König“, mit welchem sich heute Millionen von Häuptern andächtig entblößten, wird um so inniger nachklingen, wenn man sich dieses Sieges in seiner ganzen großen Bedeutung bewußt ist.

— (Gerichtsverhandlungen am 21. März cr.) 1) Am 20. Dezembr. pr. kam der Nagelschmiedegeselle Stibinski aus St. Albrecht nach der Stadt um sich hier einen Dienst zu suchen, da es mit seinem Handwerk nicht recht gehen wollte. Auf Langgarten sah er mehrere Männer stehen und fragte dieselben, ob sie ihm nicht einen Gesindevermiether nachweisen könnten. Stibinski wurde von den Männern einige Stunden später bestellt und ihm dann der Arbeiter Karl Krämer als eine Persönlichkeit bezeichnet, welche Dienstboten unterbringen. Stibinski wendete sich demzufolge mit seinem Anliegen an Krämer und dieser fragte ihn denn nun nach allen Regeln des Geschäftes aus, was für eine Art von Dienst ihm denn konvenire, da er mehrere Hausknecht- Kellner- und Dienerstellen bei vornehmen Herrschaften an der Hand habe. St. wünschte eine Dienerstelle zu haben, traktirte seinen Vermittler und zahlte ihm auch 20 Sgr. zur Beschaffung eines Stempelbogens für den Contrakt und 10 Sgr. für die erste Mühwaltung, wobei Krämer sich noch 2 Thaler ausbedung, sobald er ihm die zugesagte Stelle eines Dieners mit herrschaftlicher Livré und hohem Lohn verschafft haben würde, welches andern Tages geschehen sollte. St. fand sich verabredetermaßen am nächsten Tage in der Wohnung des Krämer ein, und dieser begab sich mit ihm nach dem russischen Consulatsgebäude, hieß St. vor der Thür warten und ging in das Haus hinein. Nach einiger Zeit kehrte Krämer zurück, erzählte dem St. daß er ihn bei dem Herrn Grafen gegen hohen Lohn vermiethet habe, händigte ihm Grund dessen eine Karte aus, welche eine Anerkenntniß enthielt daß Stibinski zum 1. Januar c. als Diener beim Grafen v. Gröben zuziehen könne und forderte nunmehr die ausbedungenen 2 rtl. Stibinski welcher sich dieselben von seiner Schwester hatte borgen müssen, händigte das Geld nicht nur dem Krämer ein, sondern traktirte ihn nochmals mit Bier. Um sich jedoch mit seinem Glück vertraut zu machen, ging St. nach dem russischen Konsulat, erfuhr aber von dem Kutscher des Herrn Consul daß Krämer ihn weder vermiethet habe, noch überhaupt ein Dienst offen, er mithin in die Hände eines schlauen Betrügers gefallen sei. Stibinski versuchte nunmehr noch im gütlichen Wege den Krämer zur Herausgabe der abgeschwindelten 3 Thlr. zu vermögen, erfuhr aber obendrein Mißhandlungen von demselben. Krämer ist bereits acht mal wegen Diebstahl und anderer Vergehen bestraft und erkennt der hohe Gerichtshof daher gegen denselben auf 3 Monate Gefängniß 50 Thaler Geldbuße event. noch 1 M. Gef. 1 Jahr Ehrv. und Pol. Aufsicht. 2) Am 16. November p. hielten der Förster Grätz und der Schulze des Dorfes Vogelsang bei dem dortigen Eigenthümer Cornelius Welm eine Haussuchung nach gestohlenem Holze ab. Nachdem sie in der Scheune nichts vorgefunden und in Rücksicht einer mißliebigen Aeußerung des Welm noch den Schöppen hinzugezogen hatten, begaben sich die drei Beamten in die Wohnung des Welm, um die inneren Räumlichkeiten und namentlich die an die Wohnstube stoßende Kammer zu durchsuchen. Hier leistete aber Welm und dessen Sohn (zwei kräftige Gestalten) dem Schulzen Widerstand, indem sie ihn durch Festhalten weiter vorzudringen verhinderten. Welm will als Grund für seine ungesetzliche Handlung die Krankheit seiner Ehefrau vorschieben, kann aber nicht den Nachweis führen, den Beamten gegenüber dieses Umstandes Erwähnung gethan zu haben und werden Vater und Sohn zu je 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. 3) Die Knechte Martin Rutowski, August Tibowski und Johann Kampf sind geständig am 18. Januar c. ihrem Brodherrn Herrn Gutsbesitzer Grischow in Zigankenberg 11 Bunde Stroh veruntreut und solche in der Ortschaft Hölle für 2½ Sgr. pro Bund verkauft zu haben. Der Gerichtshof erkennt gegen dieselben auf je 14 Tage Gef. 4) Die Knechte August Wandtke und Michael Schibian haben geständlich im Januar c, ihrem Brodherrn zu Nenkau Stroh und Häcksel in unbedeutenden Quantitäten veruntreut und werden mit je 14 Tagen Gefängniß bestraft. 5) Die Rosalie Mischewski aus Saspe, welche im Bröfener Bade-Etablissement einen Diebstahl an Messern und Gabeln verübt hat, wird mit 1 Woche Gefängniß bestraft. 5) Das Dienstmädchen Anna Krause alias Seratzki aus Mewe (bereits bestraft) hat am 5. März dem Malermeister Harlaß mehrere Kleidungsstücke entwendet und sich bei ihrer Verhaftung einen falschen Namen beigelegt. Dieselbe wird wegen Diebstahls im Rückfall mit 3 Monaten Gefängniß, 1 Jahr Ehrverlust und Polizei-Aufsicht bestraft. 6) Die Arbeiter Johann Wohlgemuth und Karl Trautmann, welche in der Nacht vom 21. zum 22. Januar c. bei Neufähr den Versuch gemacht haben, dem Kaufmann Schweitzer Holz zu stehlen, werden Jeder mit 1 Woche Gefängniß bestraft. 7) (Freisprechung.) Der Prahmschiffer Joh. Jahn ist angeschuldigt in der Nacht zum 13. Dezember pr. aus dem Fahrzeug des Bootsführers Boldt zu Neufahrwasser eine Schiebestange und eine Leine entwendet zu haben. Der Angeschuldigte führt jedoch den Beweis, daß bei ungestümer Witterung solche Gegenstände leicht aus dem Fahrzeuge herausgeschlagen werden können. Und daß sich solcher herrenlos auf dem Wasser herumtreibenden Sachen andere Leute bemächtigen und dieselben verkaufen. Auf solche Weise sei auch er in den Besitz der Schiebestange gekommen, indem er einem Jungen 2½ Sgr. dafür gezahlt habe. Da der Kläger die Möglichkeit dieser Auslassung nicht in Abrede stellen kann, so wird Jahn freigesprochen.

Graudenz. Der Frühling stellt sich mit sonderbarem Gesicht ein, mit strenger Kälte, eisigen Winden, dichtem Schneegestöber und starkem Eisgang. Die Schollen treiben so dicht und sie sind von so gediegener Beschaffenheit, wie es während des ewigen Eisgangs im Dezember und Januar kaum der Fall war. Handel und Verkehr leiden unter dieser abnormen Witterung ganz ungemein. Die Postverbindung mit dem jenseitigen Ufer ist fast ganz unterbrochen.

Handel und Verkehr.

Stettin, 20. März. (St.-Anz.) Weizen 72—88 bez., Frühjahr 85 bez., Roggen 54—56 bez., Frühjahr 53—53¾ bez. u. Br. Rüböl 11½ Br., April-Mai 11⅙ bez. u. Br., Spiritus 16 5/12—⅔ bez. Frühjahr 16½ Br.,

Danzig, 22. März 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔. 98, 102½—100, 105 Sgr.; 127—129 ℔. 103, 106 — 103½, 107½ Sgr.; 130, — 131/2 ℔., 132 — 133 ℔. 107½, 110 112 Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19— ℔., 85 87½, Sgr., 121/22 — 122/23 ℔. 87, 88 — 88, 91 Sgr., 124/5/26/27 ℔. 90, 92½—92½, 95 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Roggen, 120—122 ℔. 58½, 59—59½, 60 Sgr., 124—126 ℔., 60¾, 61—61½, 62 Sgr. 127—128 ℔. 62, 62½—62½, 63½ Sgr. pr. 81⅚ ℔. preuß. pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔. 48, 48½—49 50, Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104 ℔. 48, 49 — 50 50½, Sgr. 106 — 108 ℔. 51, 51½—52½, 53 Sgr. 110 ℔. 54, Sgr. pr. gemessenen Scheffel. — Gerste, gr. Malz- 105 ℔., 49 Sgr. 107—110 ℔. 50 — 51½, 52, Sgr., 112 — 114 ℔. 52—54, pr. 72 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch 62½,— 64, 65 Sgr., abfallende 57, 58—59, 61 Sgr. pr. 90 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30, 31 Sgr. pr. 50 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16⅙ Rt. pr. 8000 % Tr.

Recht fest im gestrigen Preisverhältniß wurden heute 170 Last Weizen umgesetzt.

Bedungen wurde: für 124 ℔. Sommer- fl. 510, bunt, 125/26 ℔. fl. 595, hellfarbig nicht gesund, 127 ℔. fl. 605, bunt, 125/6 ℔. fl. 607½, gut- und hellbunt, 124/5, 125/6 ℔. fl. 610, 125/6 ℔. fl. 617½, 127 ℔. fl. 620, 125/6 ℔. fl. 622½, 131/2 ℔. blauspitzig fl. 624, 125, 125/6 ℔. hell fl. 630, 127/8 ℔. fl. 630, fl. 632½, 129/30, 130/1 ℔. fl. 635, hochbunt, 127/8, 129 ℔. fl. 640, 132/3 ℔. stark im Korn fl. 640, 126/7, 131 ℔. fl. 645, 129 ℔. fl. 647, 129 ℔. fl. 650, 134/5 ℔. fl. 670 pr. 5100 ℔. pr. Last,

Roggen unverändert, 10 Last. 123/4 ℔. fl. 366, 125 ℔. fl. 369 pr. 4910 ℔. pr. Last.

Gerste kl., 986 ℔. fl. 291, 103 ℔. fl. 291, fl. 300 pr. 4320 ℔. pr. Last.

Erbsen, fl. 369, fl. 372 pr. 5400 ℔. pr. Last.

Vermischtes.

— (Lage der Todten auf dem Schlachtfelde.) — Zu den interessantesten und lehrreichsten, wenn auch dem Menschenfreunde empfindlichsten Beobachtungen gehören jene über die verschiedenen, oft merkwürdig eigenthümlichen Lagen und Stellungs-Verhältnisse, welche die Todten auf den Schlachtfeldern zeigen. Ein medicinisches Fachblatt bringt einige derartige Mittheilungen nach authentischen Berichten von Augenzeugen, den französischen Doctoren Perier und Armand (beide Militärärzte), wie sie Dr. Chenu, der Bibliothekar des Pariser Josephinums, einem in Brüssel erscheinenden Journal zukommen ließ. — Erfahrungen aus der Schlacht von Alma (Krimkrieg), Beobachtung von Dr. Perier. — „Als ich das Schlachtfeld von Alma nach beendigtem Kampfe überging, wurde ich in großes Erstaunen durch eine Anzahl russischer Leichname versetzt, welche ganz entschieden noch die Attituden und den Gesichtsausdruck des Lebens zur Schau trugen. So schienen einige sich noch unter den Zuckungen des Schmerzes und der Verzweiflung zu winden; die meisten aber trugen das Gepräge der Ruhe und frommen Resignation. Einige schienen das Wort noch auf den Lippen zu haben und dem Himmel mit einer Art von überirdischer Glückseligkeit entgegenzulächeln. Besonders Einer zog sowol meine Aufmerksamkeit als jene meiner Begleiter derart auf sich, daß wir länger bei ihm stehen blieben, um ihn wieder und wieder zu betrachten; er lag etwas auf der Seite, die Knie gebogen, die Hände gefaltet und in die Höhe gehoben, den Kopf nach rückwärts geneigt; man hätte glauben können, er murmle noch ein Gebet. — Schlacht von Magenta, Beobachtungen des Dr. Armand am Morgen nach der Schlacht. Es ist gewiß, daß eine große Anzahl der Todten die Stellung beobachtet, die sie in jenem Moment eingenommen, in dem sie tödtlich getroffen wurden; ein Beweis, daß man augenblicklich vom Leben zum Tode übergehen könne, ohne Agoni, ohne Convulsionen. Die am Kopf Getroffenen lagen meist mit dem Gesichte erdwärts, auf dem Bauche, die Todtenstarre hatte noch nichts an der vollständigen Beweglichkeit ihrer Gliedmaßen geändert. Die meisten hatten noch ihr Gewehr im Arme. Die das Gehirn treffenden Schüsse desorganisiren dieses so, daß das Leben augenblicklich aufhört, und scheinen auch auffallende Contractionen der Gliedmaßen zu bewerkstelligen, so daß die Hand nicht mehr Zeit hat, die Waffe los zu lassen. Die Kopfwunden haben auch das Eigenthümliche, daß, während oft ein Verwundeter ganz außer Gefahr zu sein glaubt, er plötzlich stirbt, gleichsam zur eigenen Ueberraschung. — Die ins Herz getroffenen Individuen fallen und bleiben ganz in derselben Weise liegen, wie die am Kopfe Getroffenen, jedoch tritt bei diesen der Tod, wenn auch schnell, doch nicht so augenblicklich ein, daß er nicht eine, man möchte sagen, active Stellung ermöglichen möchte. So sahen wir einen mitten durch die Brust getroffenen Zuaven; er lag auf seinem Gewehr, das er in der Stellung wie zum Bajonnet-Angriff hielt, und sein energisches Gesicht war vorwärts gewendet und trug einen drohenden Ausdruck. Nicht weit von ihm lag, ein Gegenstück, ein österreichischer Infanterist, dem die linken Schenkelgefäße durch eine Kugel zerrissen worden waren; er war an Blutverlust gestorben, die Blutlache, in der er lag, gab hievon Kunde. In der Agonie, wie lange sie immer gedauert haben mag, nahm er eine „bittende Stellung“ ein. Er lag auf dem Rücken, etwas nach rechts geneigt, hatte die Augen gegen den Himmel gewendet, die beiden Hände gefaltet und die Finger krampfhaft gekreuzt. Dieser Mann schien betend gestorben zu sein. — In Melegnano fanden wir mehrere von einer Granate tödtlich getroffene französische Soldaten, die im Bajonnet-Angriffe gefallen waren, noch in der Angriffsstellung, das Gesicht gegen den Boden, die Waffe in der Faust, das Bajonnet nach vorwärts gewendet.“

— (Ein königliches Geschenk.) Das von der Königin Victoria dem großmüthigen Wohlthäter der Menschheit, Herrn Peabody, zugedachte Miniatur-Porträt ist nunmehr nach einem Jahre vollendet. Das Bild, 14 Zoll hoch und 10 Zoll breit, von Herrn Tilt auf Email gemalt, ist eine Copie eines lebensgroßen Porträts von Dickenson; doch hat die Königin, die sich überhaupt für ihre Gabe an den wohlthätigen Amerikaner sehr interessirte, dem Künstler im Fortschreiten der Arbeit noch mehrfach gesessen, und ist es demselben gelungen, seinem Werke eine ungemeine Lebenswahrheit und Aehnlichkeit zu geben. Die hohe Geschenkgeberin erscheint auf demselben in sitzender Stellung vollständig en face und trägt über ihrer Maria-Stuart-Haube eine Krone, und über ihrem schwarzen, mit Hermelin besetzten Gewande das blaue Band des Hosenband-Ordens. Ueber dem prächtigen, mit braunem Sammte ausgeschlagenen Rahmen prangt oben das königliche Wappen, an beiden Seiten Rose, Distel und Klee (die Wappen-Embleme von England, Schottland und Irland) und darunter steht die von der Königin selbst angegebene Inschrift: Geschenk von der Königin für George Peabody Esq., dem Wohlthäter der Londoner Armen. Das Email ist auf einer massiven Goldplatte und in der That das größte Stück der Art, das bis jetzt in England erzeugt worden, so daß es nöthig war, einen besonderen Ofen herzustellen, um es zu brennen. Wie es heißt, hat Hr. Peabody für die Aufnahme des Bildes, das demnächst an den englischen Gesandten bei den Vereinigten Staaten abgehen wird, einen besonderen Saal bei Boston mit einem Kostenaufwande vom 40,000 Dollars bauen lassen.

— (Gespräch mit dem Telegraphen.) Ein hübsches Stückchen Arbeit hat die gepriesene Intelligenz noch mitunter vor sich! Das erfuhr dieser Tage ein junger Telegraphen-Beamter auf seiner Station, nicht allzuferne von der böhmischen Hauptstadt. Gezwungen, auf einen Augenblick sein Amtslokal zu verlassen, ersuchte er seine gerade mit dem Reinigen des Zimmers beschäftigte Hausfrau, ihn zu rufen, sobald der Apparat zu „melden“ beginne. Nach kurzer Frist zurückkehrend, findet er zu seiner Ueberraschung die Wächterin in lautem Selbstgespräch begriffen. Was war es? So oft der Telegraph hämmerte, schrie die gute Frau aus vollem Halse in den Apparat: „Der Herr kommt gleich!“ — „Ja, was machen Sie denn da?“ fragte erstaunt der Telegraphist. — „Der Mensch muß taub sein,“ war die indignirte Antwort der Hausfrau, „schon zehnmal habe ich ihm gesagt, daß Sie gleich kommen, aber er hämmert immer wieder darauf los!“ — So geschehen so und so viele Jahrzehnte nach der welterobernden Erfindung der elekrischen Fernschreibekunst.

Sonntag, den 24. März, predigen in nachbenannten Kirchen:

St. Petri und Pauli. Um 8 Uhr Herr Prediger Böck. um $9\frac{1}{2}$ Uhr Herr Pred. Stosch, Um 6 Uhr Abends Herr Prediger v. Schmidt. Mittwoch den 27. März um 8 Uhr Morgens Passions-Andacht Herr Prediger Stosch.

St. Barbara. Vormittag Herr Prediger Karmann. Nachm. Herr Predigt-Amts.-Cand. Hardt. Beichte Morgens $8\frac{3}{4}$ Uhr.

St. Trinitatis. Vormittag Herr Prediger Dr. Scheffler. Anf. 9 Uhr, Nachmittag Herr Pred. Blech. Sonnabend Mittags halb 1 Uhr Beichte.

St. Annen. Vorm. Heer Prediger Mill (polnisch evangel.) Anfang 9 Uhr. Mittwoch, den 27. März, Bibelstunde Herr Pred. Blech. Anfang 5 Uhr.

Heil.Geistkirche. (Evangelisch-lutherische Gemeinde). Früh 9 Uhr und Nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr Herr Pastor Ebert. Freitag den 29. März, Abends 7 Uhr derselbe. Sonnabend, den 30. März, Nachm. 3 Uhr Beichte.

St. Salvator. Vormittag Herr Superint. Blech.

Hl. Leichnam. Vorm. 9 Uhr Herr Superintendent Tornwaldt. Die Beichte $8\frac{1}{2}$ Uhr und Sonnabend Mittags 1 Uhr. Freitag, den 29. Nachm. 4 Uhr Passionsandacht.

St. Elisabeth. $\frac{1}{2}$11 Uhr Militair-Gottesdienst Herr Divisions-Pred. Steinwender. Mittwoch, den 27. März, Abends 6 Uhr, Herr Divisions-Pred. Collin.

St. Nicolai. Frühmesse 7 u. 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 10 Uhr Herr Vicar Sawicki. Nachm. 3 Uhr Vesperandacht. Montag Frühmesse 7 und 8 Uhr, Predigt mit Hochamt 10 Uhr Herr Vicar Sawitzki. Mittwoch 9 Uhr Passionspredigt Herr Prälat Landmesser.

Königliche Kapelle. 8 Uhr Frühmesse 10 Uhr Hochamt mit Passionspredigt Herr Pfarrer Dr. Redner. Nachmittag $2\frac{1}{2}$ Uhr Vesper den 25. März, Fest Maria Verkündigung 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt mit Predigt Hr. Vicar Landsberg, Nachm. $2\frac{1}{2}$ Uhr Vesper.

St. Brigitta. Frühmesse 7 Uhr. Militairgottesdienst $\frac{1}{2}$8 Uhr hl. Messe mit polnischer Predigt Herr Divisionspfarrer Fiedler. Hochamt mit Preigt $\frac{1}{2}$10 Uhr Herr Vicar Hasse. Nachmittag 3 Uhr Vesperandacht. Montag am Feste Maria Verkündigung Frühmesse 7 Uhr. Militairgottesdienst $\frac{1}{2}$8 Uhr, hl. Messe mit deutscher Predigt Herr Divisionspfarrer Fiedler. Hochamt mit Predigt $\frac{1}{2}$10 Uhr Herr Vicar Hasse, Nachm. 3 Uhr Vesper. Freitag, Nachm. 4 Uhr Passionspredigt Herr Pfarrer Stengert.

St. Joseph. Frühmesse $7\frac{1}{2}$ Uhr, Hochamt $9\frac{1}{2}$ Uhr, nach dem Hochamte polnische Predigt Herr Pfarrer v. Grabowski. Nachm. Passionspredigt Herr Vicar Schultz. Anfang 3 Uhr. Montag, den 25. d. Mts. Fest Mariä Verkündigung. Frühmesse $7\frac{1}{2}$ Uhr, Hochamt $9\frac{1}{2}$ Uhr, nach dem Hochamt deutsche Predigt Hr. Pfarrer v. Grabowski. Nachm. 3 Uhr Vesper.

Angemeldete Fremde am 21. März 1867.

Englisches Haus. Die Herren: Kaufl. Böker aus Iserlohn, Wolff a. Berlin.

Hotel du Nord. Die Herren: Rechtsanwalt Grolp a. Neustadt, Lieutenants v. Holtzendorf aus Neustadt, v. Keudell und Vogel a. Pr.-Stargardt, Rittergutsbesitzer Contay a. Kl. Cartz.

Hotel de Berlin. Die Herren: General-Konsul v. Witti nebst Sohn a. St. Petersberg, Kaufl. Heck a. Hamburg, Cornelius a. Tilsit, Dieckmann a. Stettin, Gutsbes. Witt und Kuster a. Conitz.

Walters Hotel. Die Herren: Rittergutsbes. von Puttkammer a. Glowitz, Kaufmann Marschner a. Frankfrt a. O. Kgl. Baumeister a. Dieckhoff a. Rothebude, Frau Kanzlist Wollermann a. Petersburg.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Kaufleute Gottheil u. Kleeberg a. Berlin, Bausch a. Leipzig, Steinhäuser a. Greich, Burchardt a. Mohrungen.

Berliner Börse vom 21. März.

Wechsel-Course vom 21.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	$143\frac{7}{8}$ bz
do. 2 Monat	5	$143\frac{1}{8}$ bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	$151\frac{7}{8}$ bz
do. 2 Monat	4	$151\frac{3}{8}$ bz
London 1 Lstrl, 2 Monat	4	6. $23\frac{1}{4}$ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	81 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	$79\frac{5}{8}$ bz
do. do. 2 Monat	5	$79\frac{1}{4}$ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56 24 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	$3\frac{1}{2}$	56 26 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	$99\frac{5}{6}$ G
do. 3 Monat	6	$99\frac{5}{12}$ G
Petersburg 100 R. L. Woch.	7	$89\frac{3}{4}$ bz
do. do. 3 Monat	7	$88\frac{1}{2}$ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	$4\frac{1}{2}$	$110\frac{7}{8}$ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	$81\frac{1}{8}$ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	$103\frac{7}{8}$ bz
Freiw. Anleihe	$4\frac{1}{2}$	100 bz
St.-A. von 54—55, 57	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 59	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 56	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 64	$4\frac{1}{2}$	$100\frac{1}{4}$ bz
do. von 50—52	4	$91\frac{1}{8}$ bz
do. von 53	4	$91\frac{1}{8}$ bz
do. von 62	4	$91\frac{1}{8}$ bz
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$84\frac{3}{4}$ bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	$3\frac{1}{2}$	121 bz
Kr.- und Nm. Sch.	$3\frac{1}{2}$	— —
Od.-Dchb.-Oblig.	$4\frac{1}{2}$	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ bz
do. neue	4	$89\frac{1}{2}$ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{4}$ G
do. „	4	$85\frac{7}{8}$ bz
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$ bz
do „	4	$89\frac{1}{4}$ bz
Westpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	77 G
do. „	4	$85\frac{1}{2}$ bz
do. neue	4	— —
do. do.	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{2}$ bz
Preußische Rentenbriefe	4	$91\frac{1}{8}$ G

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	$113\frac{1}{2}$ bz	Dollars	1. $12\frac{1}{8}$ G
Gold-Kronen	9. $8\frac{1}{2}$ G	Sovereigns	6. $23\frac{1}{4}$ G
Louisd'or	$111\frac{1}{8}$ G	Russische Bakn.	$81\frac{3}{4}$ bz
Napoleonsdor	5. $12\frac{1}{8}$ bz	Polnische do.	— —

Druck und Commissionsverlag von R W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.